**Rede des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion**

**Michael Schneider**

**zum**

Haushalt der Stadt Schwalmstadt für 2012, einschließlich dem Haushaltssicherungskonzept und der Wirtschaftspläne

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die SPD-Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushaltsentwurf des Magistrates der Stadt Schwalmstadt zu

zunächst zur **allgemeinen Finanzsituation.**

Die Lage der Kommunen und auch Landkreise ist trotz

* guter Finanzdaten,
* guter Konjunktur,
* positiver Entwicklung der Steuereinnahmen

nach wie vor schlecht. Die höheren Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen und aus den Anteilen an Einkommens- und Umsatzsteuer gehen im Wege des Finanzausgleichs nahezu komplett über die Kreisumlage an den Kreis. Für uns bleibt nichts übrig. Trotz der positiven Steuerentwicklung ist es uns daher nicht möglich, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dies gilt im Übrigen für viele Kommunen im Landkreis und im Lande Hessen. Wie sich unsere Haushaltssituation entwickelt, wenn die Risiken der Weltwirtschaft und die EURO-Krise auch auf Deutschland negative Auswirkungen zeigen sollten, wage ich nicht vorherzusagen.

Zur **allgemeinen** **aktuellen Situation** einige wenige Zahlen:

Der **kumulierte Fehlbetrag aller Kommunen im SEK** betrug zum 31.12.2011 - 86 Mio. EUR.

Die Hessischen Landkreise kommen zum 31.12.2012 auf einen kumulierten Fehlbetrag von 3,6 Mrd. EUR. Von 2010 zu 2012 ist dieser um 1,36 Mrd. EUR angestiegen.

Die Zahlen machen deutlich, dass der geplante Rettungsschirm mit einem Volumen von rund 3 Mrd. EUR bei weitem nicht ausreicht, die Finanzprobleme der Kommunen und Landkreise zu lösen. Er reicht schon nicht aus, die Fehlbeträge der Landkreise zu decken, schon gar nicht die der Kommunen. Für Schwalmstadt ist in diesem Rettungsschirm im übrigen **nichts** vorgesehen. Die hieraus mögliche Schlussfolgerung, uns ginge es gut, ist aber - wenn man die Ergebnis- und Finanzplanung der Stadt für 2011 – 2015 betrachtet, schlicht falsch. Hierzu vier Zahlen aus der Ergebnisplanung:

2012: Jahresfehlbetrag: 2,5 Mio. EUR

2013: Jahresfehlbetrag: 1,5 Mio. EUR

2014: Jahresfehlbetrag: 1,2 Mio. EUR

2015: Jahresfehlbetrag: 1,1 Mio. EUR

Für 2013 ist eine Nettoneuverschuldung im Finanzplan vorgesehen.

Der Rettungsschirm ist aus unserer Sicht auch nicht geeignet, die strukturelle Finanznot der Kommunen in Hessen zu lösen. Die Kürzung des KFA um 340 Mio. EUR durch das Land –diese belastet uns jährlich mit 800 TEUR- übersteigt in 10 Jahren bereits den im Rettungsschirm bereitgestellten Betrag. Darüber hinaus wird zur Finanzierung des Rettungsschirms zum Teil auf den KFA zurückgegriffen, d. h. die Kommunen, die nicht profitieren, dürfen mitbezahlen.

Aber was noch problematischer ist:

Es werden zwar alte Schulden übernommen, ein klares Rezept zur Vermeidung neuer Fehlbeträge gibt es aber nicht. Ich bin gespannt auf die konkreten Vereinbarungen, die die betroffenen Kommunen mit dem Land zur Haushaltskonsolidierung schließen müssen. Allein mit Gebühren- und Steuererhöhungen wird es nicht gehen.

Nach meiner Auffassung wird es ohne eine deutlich verbesserte Finanzausstattung der Kommunen keine Verbesserung unserer Finanzsituation geben.

Die vorliegenden Gutachten zur Verfassungsklage der hessischen Landkreise und der Kommunen und auch die kürzlich ergangene Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes Rheinland-Pfalz sprechen eine deutliche Sprache.

Nach dieser Entscheidung gibt es einen in der Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz verankerten Anspruch der Kommunen, ihnen im Wege des Finanzausgleiches eine angemessene Finanzausstattung zu sichern. Die Vorschriften über die Finanzierung der Kommunen ist im Lande Hessen ähnlich geregelt, so dass Hoffnung besteht, dass die in Hessen anhängigen Klagen positiv für die kommunale Familie ausgehen.

**Aber:**

bis dahin ist es ein weiter Weg. Wir müssen aktuell mit der bestehenden Situation fertig werden.

Die SPD hat hierzu die schon in den Vorjahren vertretene Position, dass wir trotz angespannter Finanzen die Entwicklung unserer Stadt vorantreiben müssen.

Wir dürfen nicht nachlassen in unserem Bemühen Schwalmstadt im Wettbewerb mit den anderen Mittelzentren attraktiver zu gestalten.

* Sei es bei der Stadtentwicklung,
* bei dem Ausbau unserer Kindertagesstätten mitsamt den erweiterten Angeboten oder
* bei der Vereinsarbeit

Dies alles spiegelt sich im vorliegenden Haushalt und den Wirtschaftsplänen wieder

Im Einzelnen:

**Wieragrund**

Bei allen Schwierigkeiten geht es im Bereich der öffentlichen Baumaßnahmen voran. Der Kreisel ist bereits befahrbar. Die Bauarbeiten für die Wieragrund-Straße und die Erschließung des Baugebietes werden zur Zeit wieder aufgenommen.

Einem **Baustop** erteilen wir eine klare Absage. Je schneller die Straße fertig wird, desto schneller kann es in der Bahnhofstraße weitergehen. Insoweit ist es konsequent, wenn im Haushaltsplan für die Jahre 2012ff Mittel sowohl für das Bahnhofsumfeld, den Umbau des Bahnhofes als auch für den Umbau der Bahnhofsstraße bereitgestellt werden.

Leider stockt die Umsetzung des geplanten Einkaufszentrums. Die privatrechtlichen Streitigkeiten sind nicht mehr nachzuvollziehen. Hier können wir nur an die Beteiligten appellieren, zur Vernunft zu kommen und Lösungen zu finden. Offensichtlich ist es jetzt so, dass sich zwei verschiedene Interessensgruppen gegenüberstehen. Dies geht zu Lasten der Stadtentwicklung und insbesondere der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bahnhofstraße. M.E. müsste es möglich sein, sich zu verständigen.

Eine Absage erteilen wir denen, die glauben, uns mit **diffusen unsubstantiierten** anwaltlichen Schreiben einschüchtern zu können. Wir werden uns so nicht von unseren Planungen abbringen lassen. Das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes wollen wir zügig fortsetzen.

**Kindertagesstätten**

Wir stehen, wie die anderen Fraktionen auch, zum Ausbau unserer Kindertagesstätten.

Das Projekt Wiegelsweg ist im Haushalt veranschlagt. Für den Kindergarten Regenbogen sind Mittel in 2013 geplant. Auch hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Wir haben aber ein Problem:

Die Mittel von Bund und Land reichen zur Deckung des bestehenden Bedarfes nicht aus. In 2012 werden für den gesamten Schwalm-Eder-Kreis 167 TEUR ausgezahlt. Damit sind die Mittel des Bundesprogramms erschöpft. Für das Jahr 2013 wird das Land Hessen immerhin ein eigenes Programm mit einem Volumen in Höhe von 30 Mio. EUR auflegen. Hieraus ist für den Schwalm-Eder-Kreis ein Betrag in Höhe von 574 TEUR vorgesehen. Was aus diesem Topf für Schwalmstadt noch bewilligt wird, steht bisher nicht fest. Die Höhe der zu erwartenden Zuschüsse ist daher noch ungewiss. Ich gehe aber davon aus, dass es zu wenig ist.

Dauerhaft noch belastender sind die jährlich steigenden Betriebskosten, die von uns zu stemmen sind. Unser Nettoaufwand oder Zuschussbedarf für unsere Tagesstätten liegt nunmehr bei 2,6 Mio. EUR/a. Gegenüber dem Jahre 2005 eine Steigerung um1, 2 Mio. EUR. Allein von 2011 auf 2012 um 294 TEUR. Ein Ende ist hiermit noch nicht erreicht.

Hier müssen Bund und Länder stärker in die Verantwortung. Es geht nicht, dass man in Berlin den Rechtsanspruch für unter 3-jährige einführt und dann nur unzureichend Mittel bereitstellt.

**Weitere Haushaltsansätze im Finanzhaushalt**

Hierzuverweise ich auf Seite 12 des Haushaltsplans

Eine Baustelle wird uns weiter beschäftigen: Das DGH Trutzhain. Hier benötigen wir, wie bereits in den Ausschüssen besprochen, weitere Informationen, bevor endgültig eine Entscheidung getroffen werden kann.

**Freiwillige Leistungen**

Diese sind im Haushaltssicherungskonzept unter Ziffer 5.1 aufgelistet. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf 308 TEUR bei einem Gesamtaufwand im Ergebnishaushalt in Höhe von 26,5 Mio. EUR, d. h. es geht um 1,16 Prozent. Wir halten es daher für falsch, über diese Positionen lange Spardebatten zu führen. Die dort aufgelisteten Beträge stehen für die Vereins- und Verbandsarbeit, d. h. für das Ehrenamt.

Dies ist unverzichtbar für unsere Stadt. Ohne dies läuft nichts im Sport-, Kultur- und Sozialbereich. Kürzungen lehnen wir daher ab.

**Zum Haushaltssicherungskonzept**

Alte Beschlüsse zur Begrenzung der Personalkosten wurden und werden umgesetzt. Aber: wir können nicht dauerhaft mehr Aufgaben auf die Verwaltung übertragen und gleichzeitig Personal abbauen.

Auch wenn ein Haushaltsausgleich aus eigener Kraft für mich derzeit nicht vorstellbar ist, müssen wir handeln. Um die Schere zwischen Erträgen und Aufwendungen nicht weiter auseinander gehen zu lassen, sind auch Verbesserungen auf der Einnahmeseite erforderlich.

Dies bedeutet:

Anhebung

* der Gewerbesteuer schrittweise bis auf 380 Punkte
* der Grundsteuer auf 310 Punkte
* der Friedhofsgebühren
* der Hundesteuer
* der Gebühren für die Grünsammelstelle, die bisher nicht kostendeckend betrieben wird

**Zu den Wirtschaftsplänen:**

Ebenfalls Zustimmung der SPD-Fraktion

Zu erwähnen sind die geplanten Baumaßnahmen für den Wieragrund, die in 2012 abgeschlossen werden sollen. Im Übrigen zeigt der Wirtschaftsplan Wasser/Abwasser, dass hier nach wie vor große Investitionen getätigt werden, die auch einen Beitrag zum Erhalt der Arbeitsplätze in der Region darstellen. Auf der anderen Seite belasten sie die Bürger über die Gebühren.

Der **Bereich Photovoltaik** weist bisher nur geringe Ansätze aus. Hier gilt es, die erneuerbaren Energien auch für die Stadt nutzbar zu machen. Einige Weichen haben wir bereits gemeinsam gestellt.

Zum Schluss:

Es ist der letzte Haushalt, der von BGM Wilhelm Kröll vorgelegt wurde.

18 Haushalte insgesamt

Heute findet keine Verabschiedung unseres Bürgermeisters statt, daher habe ich auch noch keine Abschiedsrede vorbereitet.

**Aber:**

Eine kurze Anmerkung sei gestattet:

Wer durch Schwalmstadt geht, sieht die positive Entwicklung der Stadt. Die Handschrift von Wilhelm Kröll ist deutlich erkennbar.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit